

Eingangsstempel

ANSUCHEN

- ☐ um Gewährung einer **Wohnbeihilfe für ein Mietobjekt**
☐ um Weitergewährung einer **Wohnbeihilfe für ein Mietobjekt**

gemäß den Bestimmungen des Bgld. Wohnbauförderungsgesetzes 2018 – Bgld. WFG 2018 und der darauf basierenden Richtlinie der Burgenländischen Landesregierung i.d.g.F.

FÖRDERUNGSWERBER/IN

Persönliche Daten							
Zu-/Vorname				SV-Nr.	Geburtsdatum	Staatsbürgerschaft	
derzeitige Wohnanschrift							
Geschlecht		☐ männlich ☐ weiblich		Telefon (privat/Arbeitsstätte)		Behinderung ☐ ja ☐ nein	
☐ ledig	☐ verheiratet	☐ geschieden	☐ verwitwet	☐ Lebensgem.	☐ eingetr. Partnerschaft	☐ getrennt lebend	
Art des Wohnsitzes (Vermietung nach WGG bzw. MRG)							
☐ Genossenschaftswohnung				☐ Reihnhaus			
☐ Mietwohnung				☐ Wohnhaus			

Weitere im gemeinsamen Haushalt lebende Personen

Zu-/Vorname	SV-Nummer	Geburtsdatum	Verwandschaftsverhältnis	Behinderung	Einkommen	Alimente
				☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
				☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
				☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
				☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
				☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein

BANKVERBINDUNG

Bankverbindung für die Anweisung im Falle einer positiven Erledigung

Ich ersuche um Überweisung auf folgende Bankverbindung

Name des Bankinstitutes _____

IBAN _____

BIC _____

Kontoinhaber/in _____

**Ich erkläre mein Einverständnis zu der Überweisung auf obgenanntes Konto:
(eine Kopie der Bankomatkarte bzw. eine Bestätigung der Bank ist anzuschließen)**

ERKLÄRUNG

1. Ich erkläre, dass ich die geförderte Mietwohnung zur Befriedigung des dringenden Wohnbedürfnisses ständig verwende und über keine weitere Wohnmöglichkeit verfüge.
2. Ich verpflichte mich, Veränderungen der Familien- und Einkommensverhältnisse dem Land innerhalb eines Monats zu melden.
3. Ich erkläre keine Mietzinsbeihilfe gemäß § 107 EStG 1988 zu beziehen.
4. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Wohnbeihilfe, die eine Höhe von € 10,--/Monat nicht übersteigt, nicht gewährt wird.
5. Ich bin einverstanden, dass im Falle eines Rückstandes an Miete/Nutzungsentgelt eine allfällige Wohnbeihilfe direkt auf mein beim Vermieter geführtes Bestandsnehmerkonto überwiesen werden kann.
6. Ich erkläre, keine Beihilfe für Wohnzwecke seitens des Bundes, Landes oder Gemeinde zu erhalten (z.B. nach dem Bgld. Sozialhilfegesetz).
7. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Wohnbeihilfe nicht gewährt werden kann, wenn Anspruch auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung gem. § 4 Bgld. MSG besteht.
8. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Wohnbeihilfe immer nur für die Dauer von 12 Monaten gewährt wird und um eine Weitergewährung erneut angesucht werden muss.

Sie werden darauf hingewiesen, dass Zuschüsse, die durch unrichtige Angaben erlangt wurden, nicht nur zurückgefordert werden, sondern dies auch strafrechtliche Folgen haben kann.

Die Angaben sind richtig und vollständig.

_____, am _____

Unterschrift bzw. rechtsverbindliche Fertigung
Förderungswerber

BESTÄTIGUNG

des(r) Hauseigentümers/in, Bauträgers/in bzw. Hausverwalters/in
(für Mietobjekte nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz – WGG)

WOHNOBJEKT

1. Die Wohnung wurde errichtet von _____

2. Die Nutzfläche der Wohnung beträgt _____ m²

3. Die baubehördliche Benützungsbewilligung wurde am _____ von _____
 _____ mit der Zahl _____ erteilt.

4. ☐ Die Wohnung wurde bezogen am _____
☐ Die Wohnung ist zu beziehen am _____

1. **Finanzierungsplan** lt. Förderungsakt Zl. _____

	gesamt	derzeit aushaftend mit	monatl. Belastung für die Wohnung
a) Förderungsdarlehen Neubau	€ _____	€ _____	€ _____
b) mit Zinsenzuschuss gefördertes Darlehen	€ _____	€ _____	€ _____
c) abzüglich gewährter Zinsenzuschüsse			€ _____
d) Förderungsdarlehen Sanierung	€ _____	€ _____	€ _____
e) Darlehen der _____ Laufzeit: _____ Zinssatz: _____ %	€ _____	€ _____	€ _____
f) Darlehen der _____ Laufzeit: _____ Zinssatz: _____ %	€ _____	€ _____	€ _____
g) Eigenmittel samt Verzinsung des Vermieters	€ _____	€ _____	€ _____
h) Instandhaltungskosten bzw. Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge			€ _____
		Summe	€ _____

2. Es wird bestätigt, dass kein Rückstand an Miete/Nutzungsentgelt besteht bzw. eine Stundungsvereinbarung getroffen wurde.

 Ort, Datum

 Unterschrift bzw. rechtsverbindliche Fertigung
 des(r) Hauseigentümers/in, Bauträgers/in bzw. Hausverwalters/in

BESTÄTIGUNG
des(r) Hauseigentümers/in, Hausverwalters/in
(für Mietobjekte nach dem Mietrechtsgesetz - MRG)

Eigentümer/in der Wohnung	
Zu- und Vorname _____	Geburtsdatum _____
Adresse: PLZ, Ort, Straße und Hausnr. _____	
	monatl. Belastung für die Wohnung
a) Miete ohne Umsatzsteuer (Hauptmietzins)	€ _____
b) Betriebskosten	€ _____
c) Allfällige besondere Aufwendungen	€ _____
d) Entgelt für vermietete Einrichtungsgegenstände	€ _____
e) Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge	€ _____
Summe	€ _____

Es wird bestätigt, dass kein Rückstand an Mietentgelt besteht bzw. eine Stundungsvereinbarung getroffen wurde.

Es wird hiermit bestätigt, dass es sich bei der Mietwohnung in

PLZ _____ Ort _____

Straße _____ Nr. / Stiege / Tür _____

um eine Wohnung der **Ausstattungskategorie A** lt. § 15 a MRG handelt.

Die **Nutzfläche** der Wohnung beträgt _____ m²

Eine Wohnung hat die Ausstattungskategorie A, wenn sie in brauchbarem Zustand ist, ihre Nutzfläche mindestens 30 m² beträgt, die Wohnung zumindest aus Zimmer, Küche (Kochnische), Vorraum, Klosett und einer dem zeitgemäßen Standard entsprechenden Badegelegenheit (Baderaum oder Badenische) besteht und über eine gemeinsame Wärmeversorgungsanlage oder eine Etagenheizung oder eine gleichwertige stationäre Heizung und über Warmwasseraufbereitung verfügt.

Datum

Unterschrift Mieter/in

Unterschrift bzw. rechtsverbindliche Fertigung
des(r) Hauseigentümers/in, Hausverwalters/in

UNTERLAGEN

Folgende Beilagen (Kopien) sind dem Antrag unbedingt anzuschließen:

☐	Einkommensnachweise (von allen im Haushalt lebenden Personen)
☐	- bei unselbstständig Erwerbstätigen oder Pensionisten: Lohnzettel (L16) für das vergangene volle Kalenderjahr oder eine Arbeitnehmerveranlagung; (auch nicht-österreichische Einkünfte und Pensionen)
☐	- bei Personen, die zur Einkommenssteuer veranlagt werden: letzter Einkommensteuerbescheid
☐	- bei Aufnahme jeder weiteren Erwerbstätigkeit im laufenden Kalenderjahr von allen im Haushalt lebenden Personen: Lohnzettel mit Datum des Arbeitsbeginns
☐	- bei Bezug steuerfreier Einkünfte sind folgende Bestätigungen vorzulegen: Leistungsbezug vom AMS (wie z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, etc.) Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld und mögliches zusätzliches Einkommen oder Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung, Sozialhilfebescheid etc.
☐	- bei geschiedenen Personen: gerichtliche Vergleichsausfertigung
☐	- bei Studenten/innen: Inskriptionsbestätigung und Studienbeihilfebescheid (bei regelmäßigen Einkommen Lohnzettel/Honorarnoten)
☐	Hauptmietvertrag bzw. Nutzungsvertrag
☐	Bei Nicht-EWR-Bürgern/innen eine Kopie des gültigen Reisepasses oder Konventionspasses bzw. der Aufenthaltsgenehmigung/Beschäftigungsbewilligung; bei EWR-Bürgern/innen ist die Aufenthaltsbescheinigung gemäß NAG vorzulegen
☐	Wohnungsaufwandsbestätigung (Ist nur von der Hausverwaltung oder von der Vermieterin bzw. vom Vermieter vollständig auszufüllen!)
☐	Bescheid über den Grad der Behinderung
☐	Nachweis über zu leistende und bezogene Alimentationszahlungen

***Es wird darauf hingewiesen, dass keine der vorgelegten Unterlagen retourniert wird!**

Datenschutzmitteilung

Ich nehme zur Kenntnis, dass die oben erhobenen Daten zur Erfüllung des durch das Förderansuchen/ den Fördervertrag begründete (vor-) vertraglichen Schuldverhältnisses verarbeitet werden.

Der Zweck der Verarbeitung der Daten dient der Bearbeitung und Abwicklung des Antrages auf Wohnbauförderung. Eine Weitergabe an Dritte (insbesondere Unternehmen, die Daten zu kommerziellen Zwecken verarbeiten) findet nicht statt.

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns nur so lange aufbewahrt, wie dies durch gesetzliche Pflichten nötig ist. Wir speichern die Daten jedenfalls solange gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen oder Verjährungsansprüche potentieller Rechtsansprüche noch nicht abgelaufen sind.

Unter den Voraussetzungen des anwendbaren geltenden Rechts haben Sie das Recht auf Auskunft über die erhobenen Daten, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung der Daten und das Recht auf Datenübertragbarkeit. Sie haben das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde.

Datenschutzrechtlicher Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, Verordnung (EU) Nr. 2016/679, ist das Amt der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1.

E-Mail: post.datenschutz@bgld.gv.at

Internet: www.burgenland.at/datenschutz

Alternativ können Sie sich an unseren Datenschutzbeauftragten die KPMG Security Service GmbH, Porzellangasse 51, 1090 Wien, Email: post.datenschutzbeauftragter@bgld.gv.at, wenden.